

Weiterhin Differenzen in der subjektiven Lebenslagebewertung in Ost- und Westdeutschland*

Die rasche Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse an das hohe westdeutsche Niveau war eine der wesentlichen Erwartungen an den Prozess der deutschen Wiedervereinigung. Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten und es hat sich die Erkenntnis verbreitet, dass das Zusammenwachsen der ost- und westdeutschen Bundesländer ein längerfristiger Prozess ist. Dem entsprechend bestehen auch aktuell noch deutliche Unterschiede in der Einschätzung der persönlichen und allgemeinen wirtschaftlichen Lage durch Ostdeutsche und Westdeutsche. Die Differenzen in den Wahrnehmungen reflektieren die jahrzehntelang getrennten politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen genauso wie die Erfahrungen im wieder vereinigten Deutschland, manifestieren sich aber nicht in einer Ablehnung der Bundesrepublik und ihrer Institutionen durch die ostdeutsche Bevölkerung.

Subjektive Befindlichkeiten und wirtschaftliche Wahrnehmungen

Auch mehr als ein Jahrzehnt nach der Aufhebung der staatlichen Teilung Deutschlands hängt ein Urteil über das Gelingen der Wiedervereinigung noch immer von der Wahl des Maßstabes ab. Der Institutionentransfer als Kriterium dürfte dabei besser abschneiden als die Angleichung der Lebensverhältnisse oder der Abbau der „Mauer in den Köpfen“. Die Gestaltung der Transformation ist vor allem für die ostdeutsche Bevölkerung mit gravierenden Veränderungen ihres Alltags einhergegangen; für die Westdeutschen hat sich an den zentralen Rahmenbedingungen ihrer Existenz wenig oder nichts verändert.¹ Die individuelle Lage vieler Ostdeutscher

hat sich in den letzten Jahren verbessert, die Einkommen sind gestiegen, Wohnbedingungen und Ausstattung der Haushalte mit Gütern haben sich positiv verändert.² Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag auch in einer steigenden Lebenszufriedenheit der Bevölkerung.³

Die empirische Grundlage für die in diesem Artikel vorgenommene Darstellung der Befindlichkeiten und wirtschaftlichen Wahrnehmungen durch Ostdeutsche und Westdeutsche zehn Jahre nach der Aufhebung der deutschen Teilung bilden die Daten der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 2000. Dieser Survey ist eine Repräsentativerhebung unter der erwachsenen Bevölkerung in Privathaushalten der Bundesrepublik Deutschland. Die Interviews des ALLBUS 2000 fanden im ersten Halbjahr 2000 statt.⁴ Befragt wurden insgesamt 3 138 Personen, 2 036 in Westdeutschland (einschließlich West-Berlin) und 1 102 in Ostdeutschland (einschließlich Ost-Berlin).

Aus Tabelle 1 wird ersichtlich, dass es aus gesamtdeutscher Perspektive in erster Linie die Ostdeutschen sind und unter ihnen vor allem die jüngeren und besser gebildeten, die in den vergangenen Jahren Verbesserungen erlebt haben. Für viele Befragte dürfte das aber ein Effekt sein, der aus dem niedrigeren Ausgangsniveau resultiert.⁵ Wenige ältere Ostdeutsche meinen, eine Verschlechterung ihrer Lage konstatieren zu müssen.

* Der Beitrag stellt in gekürzter Form die Ergebnisse des Kapitels 7 des Fortschrittsberichtes wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland vor. Dieser Bericht ist unter <http://www.iwh-halle.de> abrufbar.

¹ Das heißt nicht, dass nicht auch in Westdeutschland negative Folgen der Wiedervereinigung erwartet wurden, beispielsweise in Form höherer Steuern. In den Alltag der Westdeutschen reichten die Veränderungen aber kaum hinein. Siehe auch KAASE, M.: Zur politischen Kultur und zur Lebenssituation der Bürger in West- und Ostdeutschland, in: Schluchter, W.; Quint, P. (Hrsg.): Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach. Weilerswist 2001.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, S. 112, 129 ff, 137.

³ Vgl. ebenda, S. 422.

⁴ Der ALLBUS wird in zweijährigen Abständen erhoben, sodass die Erhebung 2000 die aktuellsten Daten dieses Surveys enthält. Weitere Informationen gibt es im Internet unter http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/service_guide.htm

⁵ So zeigen beispielsweise die Daten des Jugendsurveys von 1997, dass die Einkommenssituation Jugendlicher und junger Erwachsener in Ostdeutschland schlechter ist als im Westen. Öffentliche Transferleistungen spielen bei den Einkommensquellen für 16- bis 29-jährige Ostdeutsche eine doppelt so große Rolle wie für gleichaltrige Westdeutsche. Vgl. GILLE, M.; KRÜGER, W. (Hrsg.): Die unzufriedenen Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29-jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen 2000.

Tabelle 1:

Vergleich der persönlichen wirtschaftlichen Lage im Jahr 2000 mit der Zeit davor^a

- Angaben in % -

	Persönliche wirtschaftliche Lage hat sich ...					
	eher verbessert ^b		nicht verändert		eher verschlechtert ^c	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Insgesamt	40,7	36,6	42,2	43,8	17,1	19,6
Geschlecht						
Männlich	39,0	41,1	43,5	40,5	17,5	18,4
Weiblich	42,4	32,4	40,9	47,0	16,7	20,6
Alter						
18 bis 29	51,2	58,2	31,8	30,3	17,0	11,5
30 bis 44	41,3	40,5	36,7	38,7	21,0	20,8
45 bis 59	39,4	35,7	37,9	41,4	22,7	22,9
60 und älter	35,3	20,1	57,6	59,8	7,1	20,1
Schulabschluss						
Hauptschule	34,7	30,0	51,4	46,5	13,9	23,5
Realschule/Mittlere Reife	42,3	39,9	35,2	41,2	22,5	18,9
Fachhochschulreife/Abitur	51,3	45,7	36,3	42,5	12,4	11,8
Subjektive Schichteinstufung						
Unter-/Arbeiterschicht	34,8	28,8	42,2	40,2	23,0	31,0
Mittelschicht	46,1	39,3	40,8	45,5	13,1	15,2
Obere Mittelschicht/Oberschicht	61,1	49,4	33,3	43,4	5,6	7,2

^a Frage: Und wenn Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute mit der vor ein paar Jahren vergleichen: Ist Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute viel besser, etwas besser, gleichgeblieben, etwas schlechter oder viel schlechter als vor ein paar Jahren?. – ^b Summe der Nennungen „viel besser“ und „etwas besser“. – ^c Summe der Nennungen „etwas schlechter“ und „viel schlechter“.

Quellen: ALLBUS 2000; Berechnungen des IWH.

Für die Mehrzahl von ihnen brachten die neuen Rentenregelungen deutliche Verbesserungen, die sich auch in einer hohen Lebenszufriedenheit und einer positiven Bilanz der Wiedervereinigung niederschlagen.⁶ Die Daten des ALLBUS zeigen aber, dass es auch in den wirtschaftlichen Wahrnehmungen der Westdeutschen in den letzten Jahren Veränderungen gegeben hat. Gegenüber ihren ostdeutschen Referenzgruppen haben vor allem die Älteren, die Angehörigen der Arbeiterschicht und die Frauen seltener eine Verbesserung und häufiger eine Verschlechterung ihrer Situation erlebt.

Auch wenn die Ostdeutschen für die vergangenen Jahre in stärkerem Maße als die Westdeutschen eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bilanzieren konnten, heißt das nicht, dass sie das Niveau im anderen Landesteil schon erreicht haben. Noch immer bestehen Lücken beim verfügbaren Einkommen und bei den Vermögenswerten. Wie lange es dauert, bis sie geschlossen sind, hängt von der Wirtschaftskraft im Osten ab. Diese widerspiegelt sich für die Individuen unter anderem in der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Von den berufstätigen

Befragten im Westen geben 17,9% an, dass sie in den letzten 10 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen waren, im Osten sagen das 43%. An einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen in nächster Zukunft glaubt ein Drittel der Westdeutschen und knapp ein Viertel der Ostdeutschen. Nicht zuletzt wegen solchen Erwartungen meint auch nur jeder sechste Ostdeutsche, dass seine Situation in einem Jahr besser sein wird (vgl. Tabelle 2). Im Westen ist es jeder fünfte. 70,4% der Ostdeutschen und 70,5% der Westdeutschen schätzen, dass ihre wirtschaftliche Lage in einem Jahr unverändert sein wird.

Bezüglich der Erwartungen an die gesamtdeutsche Wirtschaftsentwicklung sind die Bewertungen aus beiden Regionen ebenfalls sehr ähnlich und etwas verhaltener. 16,2% der Westdeutschen und 17% der Ostdeutschen erwarten eine Verschlechterung, von einer unveränderten Situation gehen jeweils ca. 60% aus. Das deutet darauf hin, dass die Rahmenbedingungen für die Zukunft in beiden Regionen in etwa gleich wahrgenommen werden und die meisten Befragten in nächster Zeit nicht mit gravierenden Veränderungen rechnen. Die individuellen Lebenslagen werden somit (vgl. Tabelle 2) etwas optimistischer gesehen als die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse.

⁶ Vgl. WINKLER, G. (Hrsg.): Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin 1999, S. 76 ff.

Tabelle 2:

Erwartung an die persönliche wirtschaftliche Lage in einem Jahr^a

- Angaben in % -

	Ost	West
wesentlich besser als heute	0,8	1,7
etwas besser als heute	16,0	19,7
gleichbleibend	70,4	70,5
etwas schlechter als heute	12,3	7,6
wesentlich schlechter als heute	0,6	0,5

^a Frage: Und wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?

Quellen: ALLBUS 2000; Berechnungen des IWH.

Einstellungen zur deutschen Vereinigung

Im Verlauf des Transformationsprozesses haben die anfänglich überzogenen Erwartungen an eine rasche Angleichung der Lebensverhältnisse Ostdeutschlands an die des Westens einer Relativierung und Ernüchterung Platz gemacht. Die Ostdeutschen konstatieren zwar mehrheitlich eine Erhöhung des individuellen Lebensstandards und diesbezüglich ein Aufschließen an das westdeutsche Wohlstandsniveau, sehen sich aber nicht in jedem Fall gesellschaftlich gleichwertig. Als ein Indikator wird dafür häufig die Aussage herangezogen, dass sich Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse empfinden. Dieses Gefühl kann nach einer Untersuchung von POLLACK (2000) verschiedene Aspekte haben: einen materiellen Aspekt (vor allem Unterschiede bei Löhnen und Gehältern zwischen Ost und West), einen Erbschaftsaspekt (der Scherbenhaufen, den die DDR hinterlassen hat) und einen Anerkennungsaspekt (das Gefühl, durch die Westdeutschen nicht akzeptiert zu sein). Nach seinen Untersuchungen gibt es keinen statistischen Zusammenhang zum Erbschaftsaspekt, einen starken zum materiellen Aspekt und den stärksten zum Anerkennungsaspekt.⁷ In der gleichen Untersuchung (aus dem Jahr 1998) antworteten auf die Frage, ob es zwischen Ost- und Westdeutschland bereits eine Gleichberechtigung gäbe, 78% der Ostdeutschen mit Nein.⁸ Auch der ALLBUS liefert aufschlussreiche Daten über Ost-West-Bewertungen zu verschiedenen Aspekten des Vereinigungsprozesses. Teilweise sind

die Meinungen der Ost- und Westdeutschen im Jahr 2000 geradezu spiegelbildlich, vor allem dann, wenn gezielt nach dem Verhalten oder der Situation der Bürger in einem Landesteil gefragt wird (vgl. Abbildung). Diese Differenzen sind im allgemeinen hochsignifikant.⁹ So sind beispielsweise knapp drei Viertel der Ostdeutschen der Meinung, dass die Bürger im Westen mehr Opferbereitschaft für den Osten zeigen sollten, in den alten Ländern teilt nur reichlich ein Viertel der Befragten diese Auffassung. Während im Westen die Zustimmung, dass die Ostdeutschen mehr Geduld zeigen sollten bei 89,2% liegt, ist sie in den neuen Ländern mit 45,3% nur halb so hoch. Die Ostdeutschen glauben mehrheitlich, dass die Wiedervereinigung mehr Vorteile als Nachteile für die Bürger in den alten Bundesländern gebracht hat; diese sehen das genau anders herum: Es gab mehr Vorteile als Nachteile für den Osten. Der Anteil von Ostdeutschen, die dies genauso sehen, ist leicht gestiegen. Identisch ist die Zustimmung in beiden Regionen zur Feststellung, dass einem die Bürger im anderen Teil Deutschlands viel fremder sind als Bürger anderer Staaten. Dem stimmen gegenwärtig 27,5% der Ostdeutschen und 27,3% der Westdeutschen zu. Diese Einschätzung hat sich in den letzten Jahren kaum verändert; Ost- und Westdeutsche haben sich demnach in ihren Einstellungen und gegenseitigen Wahrnehmungen nicht weiter angenähert. Betrachtet man die Aussagen der Ostdeutschen zur Wiedervereinigung nach Altersgruppen, lässt sich nicht belegen, dass die jüngeren Befragten (die über weniger „DDR-Erfahrung“ verfügen) in bedeutsamen Umfang ein anderes Meinungsbild als die Älteren entwickelt haben.

Untersuchungen über Selbst- und Fremdbilder zeigen, dass sich das Selbstbild der Ostdeutschen in den vergangenen Jahren verbessert hat. Die Einschätzung der Westdeutschen durch Ostdeutsche ist hingegen negativer geworden¹⁰. KAASE (2001) kommt deshalb zu dem Schluss, dass eine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschen in dem Sinne, dass den Positionen der „Gegenseite“ durch besseres Kennenlernen mehr Verständnis entgegengebracht wird, derzeit nicht zu erkennen ist. Vielmehr scheinen sich Ost- und Westidentität weiter getrennt zu behaupten, was nicht allzu überra-

⁷ Vgl. POLLACK, D.: Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40/2000, S. 18.

⁸ Vgl. ebenda, S. 16.

⁹ Das Signifikanzniveau wurde durch einen Chi-Quadrat-Test ermittelt.

¹⁰ Vgl. KAASE, M., a. a. O., S. 131 ff.

schend ist, wenn man in Anlehnung an VIERHAUS (1985) Identität als ein auf relativer Konstanz von Verhaltensweisen, Mentalitäten und ideellen Orientierungen beruhendes, geschichtlichen Wandel (relativ) überdauerndes Selbst- und Weltverständnis betrachtet.¹¹

Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und zum Wohlfahrtsstaat

Die Bewertung sozialer Ungleichheit ist ein Dauerthema im deutschen Wiedervereinigungsprozess. Wie die Verteilungsgerechtigkeit im Jahr 2000 bewertet wird, zeigt Tabelle 3. Die Unterschiede im Antwortverhalten der Ost- und Westdeutschen sind wiederum hochsignifikant.

Tabelle 3:
Gerechter Anteil^a
- Angaben in % -

	Ost	West
mehr als gerechter Anteil	3,3	8,4
gerechter Anteil	33,0	59,5
etwas weniger	50,1	27,6
sehr viel weniger	13,6	4,5

^a Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“

Quellen: ALLBUS 2000; Berechnungen des IWH.

Die Daten zeigen noch immer eine erhebliche Differenz, wenngleich die Schere zwischen den Bewertungen der Ost- und Westdeutschen in den vergangenen Jahren kleiner geworden ist. 1992 gaben noch 82% der Ostdeutschen und 34% der Westdeutschen an, dass sie ihrer Meinung nach weniger als den gerechten Anteil an dem erhalten, was die Gesellschaft zu verteilen hat. 1996 meinten das 62% der Ostdeutschen und wiederum ein Drittel der Westdeutschen (der Wert für Westdeutschland ist seit Jahren relativ konstant, der für Ostdeutschland spiegelt durchaus die Verwerfungen im Zuge der Transformation wider).

Betrachtet man die Altersgruppen in den jeweiligen Regionen, so bekommt man – mit Ausnahme derjenigen, die 60 Jahre und älter sind – eine seitenverkehrte Widerspiegelung der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“. Während in den alten Bundesländern in

den Altersgruppen der 18- bis 29-Jährigen, der 30- bis 44-Jährigen und der 45- bis 59-Jährigen (Altersgruppen, die wesentlich gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse gestalten) jeweils etwa zwei Drittel der Meinung sind, dass sie einen gerechten Anteil oder sogar mehr erhalten und jeweils ein Drittel meint, weniger als den gerechten Anteil zu bekommen, verhält es sich in den neuen Bundesländern genau anders herum. Nur ca. ein Drittel der Befragten dieser Altersgruppen schätzt ein, mindestens einen gerechten Anteil zu bekommen und jeweils ca. zwei Drittel sagen, sie bekommen weniger als ihnen zustünde. Der Anteil von Befragten, der sich in der Gesellschaft relativ depriviert¹² fühlt, ist also im Osten nahezu doppelt so hoch wie im Westen. Es scheint plausibel, dass die zentrale Referenzgruppe für die Ostdeutschen die Bürger in den alten Bundesländern waren und sind, umgekehrt ist das sicher nicht der Fall.¹³ Deprivationsgefühle können verschiedene Verhaltensreaktionen auslösen: Krankheit, Protest, Hinnahme, Verweigerung. Die Effekte reichen bis hin zu negativen Auswirkungen auf die Legitimität des politischen Systems.¹⁴ Aber auch positive Effekte sind möglich: der Wunsch nach Verbesserung der eigenen Situation.

Die oben getroffenen Aussagen zum höheren Anteil von Ostdeutschen mit Deprivationsgefühlen liefern einen ersten Hinweis darauf, dass es auf der Ebene der Einstellungen zu sozialer Gerechtigkeit und damit im weitesten Sinne zu den Verteilungsprinzipien in der Marktwirtschaft beträchtliche Differenzen in den Bewertungen durch Ost- und Westdeutsche gibt. Im Folgenden wird darauf ausführlicher eingegangen. Ein Vergleich zum Jahr 1994 zeigt, dass der Annäherung in bestimmten Bereichen fortbestehende oder gar wachsende Unterschiede in anderen Bereichen gegenüberstehen.

Wahrgenommene Gerechtigkeitsprobleme sind mit Verantwortlichkeitszuweisungen verbunden.

¹¹ Vgl. VIERHAUS, R.: Historische Entwicklungslinien deutscher Identität, in: Die Frage nach der deutschen Einheit, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 221, Bonn 1985, S. 22.

¹² Konzepten relativer Deprivation liegt die Annahme zugrunde, dass die Deutung von sozialen Situationen und Positionen unabhängig von der objektiven Lage aufgrund von sozialen Vergleichsprozessen erfolgt.

¹³ Ein Vergleich mit den Lebensbedingungen und der Einkommenssituation der Bevölkerung in anderen osteuropäischen Transformationsländern stand für die Ostdeutschen wohl zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion, was auch der speziellen Form der Transformation hierzulande geschuldet sein könnte.

¹⁴ Siehe auch FALTER, J. W.: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München 1994.

Tabelle 4:

Zustimmung zu Auffassungen über soziale Ungleichheit und über den Wohlfahrtsstaat^a

- Angaben in % -

	Ost	West	Differenz ^b	Ost	West	Differenz ^b
	1994	1994	Ost/West	2000	2000	Ost/West
a) Was man im Leben bekommt, hängt gar nicht so sehr von den eigenen Leistungen ab, sondern von Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Tarifabschlüssen und den Sozialleistungen des Staates.	64,9	52,0	12,9	78,1	62,4	15,7
b) Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht.	42,2	40,1	2,1	56,1	47,4	8,7
c) Nur wenn Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen.	44,2	62,2	-18,0	49,2	66,6	-17,4
d) Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hat, gemacht hat.	34,5	57,6	-23,1	45,5	60,5	-15,0
e) Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht.	11,6	45,7	-34,1	18,0	47,1	-29,1
f) Der Staat muss dafür sorgen, dass man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.	96,7	87,1	9,6	92,6	85,4	7,2
g) Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben.	79,9	93,4	-13,5	84,4	96,3	-11,9

^a Frage: Hier ist eine Liste mit verschiedenen Auffassungen darüber, wie es in Deutschland mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte. Bitte gehen Sie die Aussagen der Reihe nach durch und sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Auffassung voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Dargestellt ist der Anteil derjenigen, die dem jeweiligen Statement voll zustimmen oder eher zustimmen. – ^b In Prozentpunkten.

Quellen: ALLBUS 1994, 2000; Berechnungen des IWH.

Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass Ostdeutsche einen anderen Zuweisungsstil haben als Westdeutsche, der sich empirisch u. a. daran ablesen lässt, dass Ostdeutsche den Staat stärker in die sozial- und wirtschaftspolitische Pflicht nehmen wollen als Westdeutsche.¹⁵ Das zeigt sich auch in den Daten von Tabelle 4.

Die in der Tabelle dargestellten Statements lassen sich mittels einer Faktorenanalyse zu zwei Dimensionen bündeln: die Einstellungen zum Egalitarismus und damit verbunden zum Etatismus (Staat soll mehr Gleichheit durchsetzen; Statement a, b, f) und Statements, die eine funktionalistische Haltung zu den Verteilungsergebnissen der Marktwirtschaft

beschreiben (Statement c, d, e, g). Die größten Ost-West-Differenzen zeigen sich in dieser zweiten Dimension, vor allem bei der Bewertung der sozialen Unterschiede. Fast die Hälfte der Westdeutschen findet sie im Jahr 2000 gerecht, im Osten aber gerade einmal jeder sechste. In dieses Bild passt, dass 58,8% der Westdeutschen zustimmen, dass in der Bundesrepublik heute jeder die Möglichkeit hat, sich ganz nach seinen Begabungen und Fähigkeiten zu bilden, aber nur 25% der Ostdeutschen das so sehen. Sie gehen eher nicht von einer Chancengleichheit aus und empfinden soziale Unterschiede seltener als Westdeutsche als akzeptabel. Die Daten verweisen aber auch auf einen großen Teil von westdeutschen Befragten, die einer Intervention des Staates zustimmen und von ihm Unterstützungsleistungen einfordern, beispielsweise bei den Sozialleistungen. Eine Ausweitung der Sozialleistungen wünschen sich aber mit 21,4% nur etwa halb so viele westdeutsche wie ostdeutsche Befragte (46%).

¹⁵ Sehr ausführlich wird dieses Thema diskutiert in SCHMITT, M.; MONTADA, L. (Hrsg.): Gerechtigkeits erleben im wiedervereinigten Deutschland. Opladen 1999, sowie bei LANG, C.; POHL, R.: Erfolg gegen Misserfolg. Maßstäbe für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland, in: Deutschlandarchiv, Heft 1/2000, S. 4-18 und SCHROEDER, K.: Der Preis der Einheit. Eine Bilanz. Wien 2000.

Fazit

Auch zehn Jahre nach der Aufhebung der staatlichen Teilung lässt sich kein pauschalisierendes Urteil über den Stand dieses Prozesses abgeben. Für die ostdeutsche Bevölkerung stehen in ihren Wahrnehmungen den Gewinnen in bestimmten Bereichen (z. B. Warenangebot, allgemeiner Lebensstandard) Verluste in anderen gegenüber (z. B. Arbeitsplätze, soziale Sicherheit). Die ostdeutsche Gesellschaft hat sich im vergangenen Jahrzehnt ausdifferenziert und ist der westdeutschen damit ähnlicher geworden. Die Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse ist ein weites Stück vorangekommen. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor viel Trennendes zwischen Ost und West gibt, nicht nur auf der materiellen Ebene, sondern auch und vor allem auf der Einstellungsebene. Zum Teil sind diese Differenzen systembedingte Nachwirkungen, resultie-

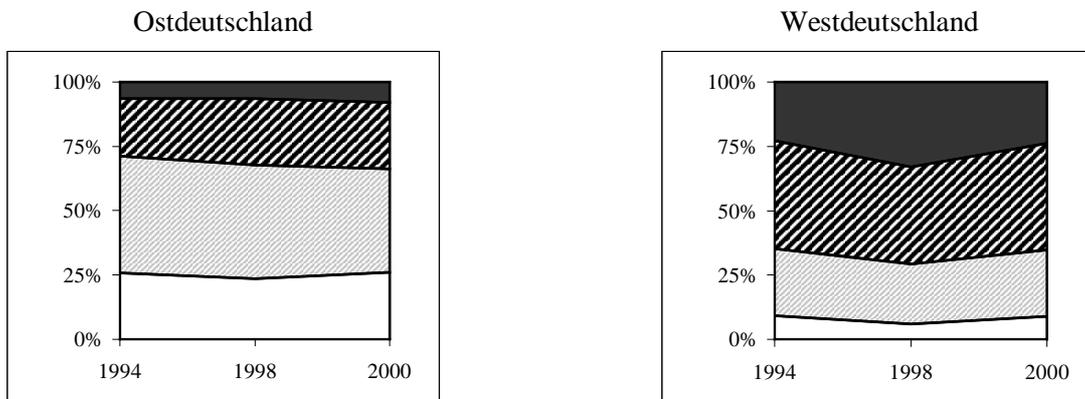
rend aus den jahrzehntelangen unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen und -bedingungen, zum Teil resultieren sie auch aus den Erfahrungen des Vereinigungsprozesses. Exemplarisch seien hier nur die unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen Ostdeutscher und Westdeutscher genannt, die Unterschiede in den Einstellungen zum Staat und in den Erwartungen, die man an ihn hat. Die Ostdeutschen sind dennoch in der Bundesrepublik angekommen, auch wenn noch längst nicht alle Herausforderungen der Wiedervereinigung bewältigt wurden. Diese zu meistern, bedarf es weiterer Bemühungen aller Beteiligten, nicht nur im ökonomischen Bereich, sondern auch im alltäglichen Umgang.

Cornelia Lang
(Cornelia.Lang@iwh-halle.de)

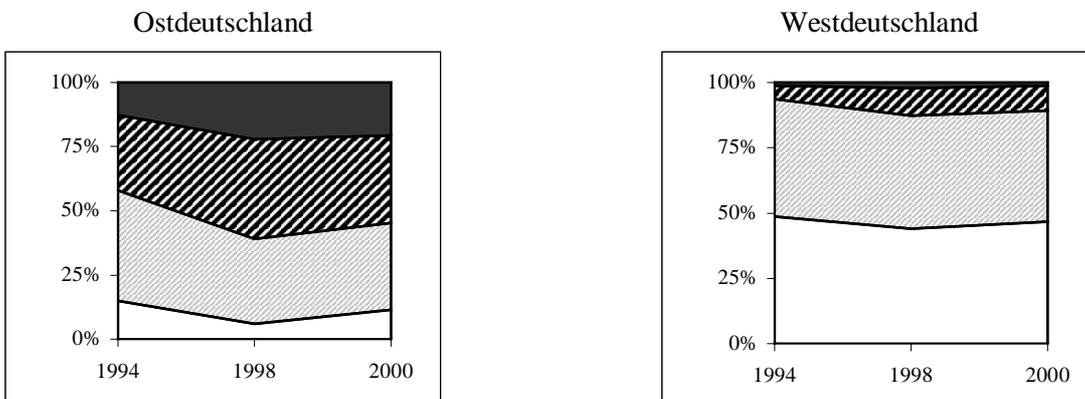
Abbildung :

Einstellungen zur deutschen Vereinigung

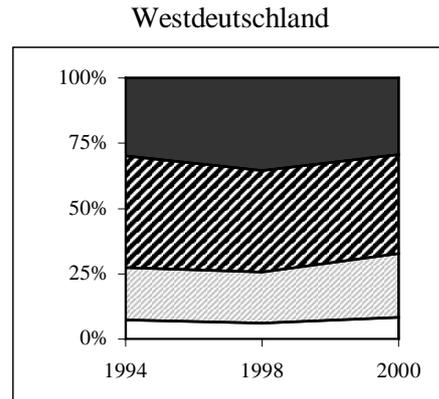
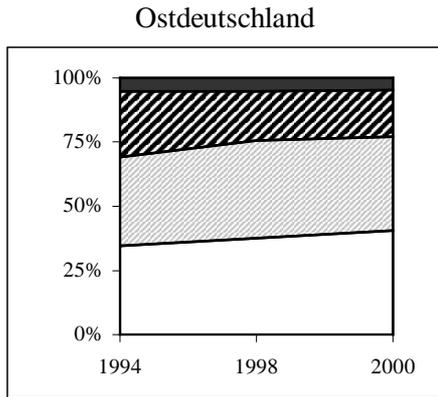
Die Bürger in den alten Bundesländern sollten zu mehr Opfern bereit sein, um die Lage der Bürger in den neuen Bundesländern zu verbessern.



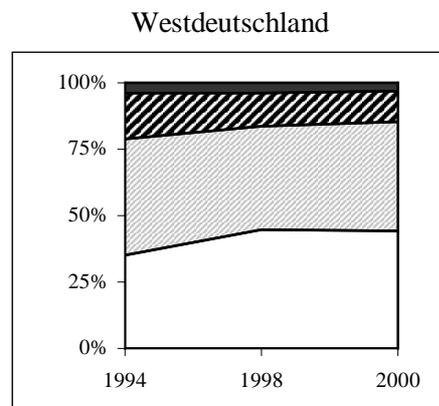
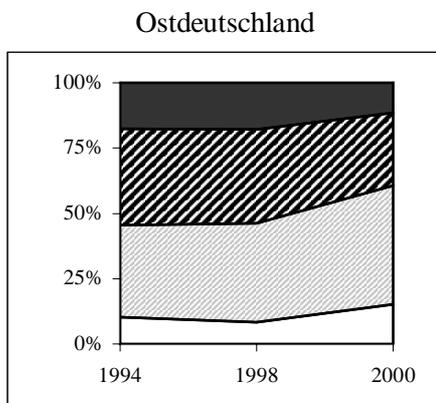
Die Bürger in den neuen Bundesländern sollten mehr Geduld zeigen, was die Verbesserung ihrer Lage betrifft.



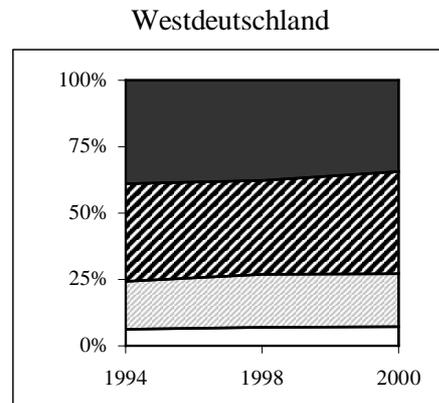
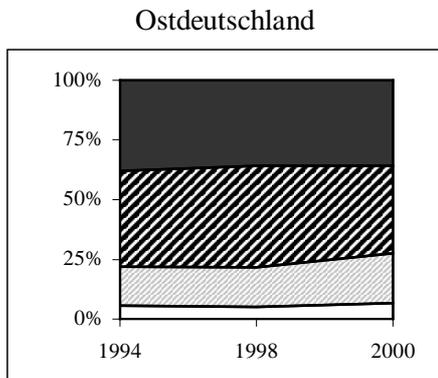
Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den alten Bundesländern mehr Vorteile als Nachteile gebracht.



Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den neuen Bundesländern mehr Vorteile als Nachteile gebracht.



Die Bürger im anderen Teil Deutschlands sind mir in vielem fremder als die Bürger anderer Staaten.



stimme überhaupt nicht zu
 stimme eher nicht zu
 stimme eher zu
 stimme voll zu

Quellen: ALLBUS 1994, 1998, 2000; Berechnungen des IWH.